Lübbecke, 20. März 1950

Postzustellungsurkunde!

An das Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Bielefeld
in Bielefeld
Gerichtsstr. 4

102

Gegenerklärung
in der Rückerstattungssache
Hecht'sche Erben
gegen

Deutsches Reich, vertreten
durch den Oberfinanzpräsi-
denten Westfalen in Münster,
zugleich als Vertreter des
gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 4 des
Rückerstattungsgesetzes be-
teiligten Landes Nordrhein-
Westfalen, dieser wiederum
vertreten durch den Vorsteher
des Finanzamts Lübbecke/Westf.

Aktz. RU 45/50

*Aufg. im Finanzamt
am 18.4.*

In der Rückerstattungssache
Hecht'sche Erben
gegen

Deutsches Reich

nehme ich wie folgt Stellung:

- I. Gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 4 des Rück-
erstattungsgesetzes für die Briti-
sche Zone (Gesetz Nr. 59) ist das
Land Nordrhein-Westfalen berechtigt,
als Partei im Rückerstattungsverfah-
ren aufzutreten, wenn das Deutsche
Reich, ein Land oder ein früheres
Land, die vormalige NSDAP, eine ih-
rer Gliederungen oder einer ihrer
angeschlossenen Verbände beteiligt
ist. ~~ist~~

Als der für die Vertretung des
Landes zuständige Fachminister hat
der Finanzminister des Landes Nord-
rhein-Westfalen durch Erlaß vom 25.
11.1949 - III/D/7/7035 - 2656/3,
Tgb.Nr. 11815/49 - die Oberfinanz-
präsidenten bevollmächtigt, das Land
NRW im Rückerstattungsverfahren
nach Maßgabe des Artikels 53 Abs. 1
Satz 4 REG zu vertreten.

Gleichzeitig sind die Oberfinanz-
präsidenten ermächtigt worden, den
Vorstehern der Finanzämter und im
Behinderungsfall ihren Vertretern
Untervollmacht zu erteilen. Der Ober-
finanzpräsident Westfalen in Münster
(Westf.) hat mir bzw. meinem Ver-
treter Untervollmacht erteilt. Zum

Nachweis

Nachweis lasse ich nachstehend den Wortlaut des o.a. Erlasses und aussugeweise den Wortlaut der Anschlußverfügung des Oberfinanzpräsidenten Westfalen vom 29. Dez, 1949 - O 5205 - 25 - VI 3 folgen:

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
III/D/7/7035-2656/3
Tgb.Nr. 11815/49

Düsseldorf, 25. Nov. 1949

An die
Herren Oberfinanzpräsidenten
in Düsseldorf, Köln und Münster

Betrifft: Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen im
Rückerstattungsverfahren gem. Art. 53 des Rück-
erstattungsgesetzes für die Britische Zone
(Gesetz Nr. 59)

Gem. Art. 53 Abs. I Satz 4 des Rückerstattungsgesetzes für die Britische Zone (Gesetz Nr. 59) ist das Land Nordrhein-Westfalen berechtigt, als Partei im Rückerstattungsverfahren aufzutreten, wenn das Deutsche Reich, ein Land oder früheres Land, die vormalige NSDAP, eine ihrer Gliederungen oder einer ihrer angeschlossenen Verbände beteiligt ist.

Als der für die Vertretung des Landes zuständige Fachminister ermächtigte ich hiermit die Herren Oberfinanzpräsidenten, die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rückerstattungsverfahren nach Maßgabe des Art. 53 Abs. I Satz 4 REG zu übernehmen, soweit sich die erhobenen Rückerstattungsansprüche gegen das Reich richten. Die Herren Oberfinanzpräsidenten sind ermächtigt, nach eigenem Ermessen den Herren Leitern und Sachbearbeitern der Verwaltungsstellen für Reichs- und Staatsvermögen Untervollmacht zu erteilen.

Zur Klarstellung weise ich darauf hin, daß durch die Instruktion der Finance (Property Control) Branch vom 27.8. 1949 - NRW/FIN/PC/2654/2 - den Dienststellen des Amtes für gesperrte Vermögen lediglich die laufende Verwaltung des rückerstattungspflichtigen Reichsvermögens übertragen wurde, während die Vertretung des Reiches als Eigentümer, einschl. der Vertretung in einem etwaigen Rechtsstreit weiterhin den Herren Oberfinanzpräsidenten verblieb. Die Finance Branch hat durch das Ihnen abschriftlich zugegangene Schreiben vom 7.11.49 - NRW/FIN/PC/2654/2 - erneut bestätigt, daß das Amt für gesperrte Vermögen nicht als Partei im Rückerstattungsverfahren auftreten kann.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß rückerstattungs pflichtige Vermögen von der Regelung der Verordnung Nr. 202 ausgenommen ist (vergl. Art. II/1 b.a.a.O.)

Bei rückerstattungspflichtigem Reichsvermögen ist daher nicht etwa die Bundesrepublik Deutschland als Partei aufzuführen.

Das Rubrum hat vielmehr wie folgt zu lauten:

Das Deutsche Reich

vertreten durch den Oberfinanzpräsidenten

in

dieser zugleich als Vertreter des gem. Art. 53

Abs. I Satz 4 des Rückerstattungsgesetzes beteiligten Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Kreis- und Bezirksbeauftragten für gesperrte Vermögen sind angewiesen, den Herren Oberfinanzpräsidenten auf Verlangen die Vermögensakten zur Vorbereitung der Gegenerklärung gem. Art. 53 REG zur Verfügung zu stellen.

(Siegel) Im Auftrage gez. Dr. Poerschke Beglaubigt gez. Arendt